

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach der Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanruf Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 259.

Dienstag den 3. November.

1896.

Für die Monate November und Dezember werden Abonnements auf den **„Merseburger Correspondent“** zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Interesse finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Die Bündnistheorie des Fürsten Bismarck.

Als Antwort auf die Erklärung des „Reichsanzeigers“ vom 27. October veröffentlichte die „Hamb. Nachr.“ einen Artikel, in dem sie zunächst bestreitet, daß der deutsch-russische Asseranzvertrag aus der Zeit vor 1890 zu den „strengsten Staatsgeheimnissen“ gehöre, wie der „Reichsanzeiger“ behauptet hatte. Rußland habe seiner Zeit die Geheimhaltung gewünscht, aber die Verhältnisse, die dazu Anlaß gaben, hätten sich in der Zwischenzeit geändert. Angeben wird ferner, daß der Asseranzvertrag unter Zustimmung des Kaisers Wilhelm I. abgeschlossen worden sei u. i. w. Der Schwerpunkt des Artikels liegt in dem Versuch des Nachweises, daß das deutsch-russische Abkommen mit der Treue gegen den Dreibund sehr wohl verträglich gewesen sei. Und nicht nur das. „Der ganze Dreibund in corpore“, sagen die „Hamb. Nachr.“, könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz dasselbe Abkommen treffen, was bis 1890 zwischen Rußland und Deutschland bestand hat; er würde deshalb auf den Hauptzweck, die gemeinsame Vertheidigung gegen russische Angriffe nicht zu verzichten brauchen und es würde gemäß allen Freunden des Friedens in Europa eine erhebliche Beruhigung gewähren, wenn die drei verbündeten Regierungen der russischen gemeinsam ihre Neutralität für den Fall eines unprovocirten Angriffs auf Rußland zusagten.“ Ohne Zweifel hätte das keine Bedeutung, weil ein solcher Asseranzvertrag sich ausschließlich gegen — England lehren würde, obgleich die Eventualität, daß England zu einem Angriff auf Rußland überginge, seit den Erfahrungen von 1885 Rußland gewiß nicht hemmruftig. Vom Standpunkt der Dreibundstaaten wäre indessen gegen eine solche Abmachung nichts einzuwenden. Denn wenn Oesterreich Rußland für den Fall eines anderweitigen Angriffs seine wohlwollende Neutralität zusagt, so liegt darin zugleich die Verpflichtung seinerseits einen Angriff auf Rußland nicht zu unternehmen. Vor 1890 aber lag die Sache anders. Im deutsch-österreichischen Vertrag verpflichteten sich beide Theile, bei einem Angriff Frankreichs oder Rußlands neutral zu bleiben; erst wenn Rußland mit Frankreich gemeinsame Sache machen sollte, war Oesterreich verpflichtet, mit seiner ganzen Macht zu Hülfe zu kommen. Der Vertrag von 1879 richtete seine Spitze ebensowohl gegen Frankreich als gegen Rußland. Für Oesterreich hatte der Vertrag großen Werth, weil seine Beziehungen zu Rußland damals sehr viel mehr zu wünschen übrig ließen als jetzt, insofern auf der Balkanhalbinsel der bulgarisch-serbische Conflict und die Besetzung Druamelens durch bulgarische Truppen eine Verwickelung herbeiführen konnten. Hier standen die russischen und österreichischen Interessen sich schroff gegenüber! Gleichwohl erachtete Fürst Bismarck es für loyal, Rußland zu versichern, falls das verbündete Oesterreich einen „Angriff“ unternehmen sollte! Daß Graf Caprivi die Fortdauer dieses Abkommens als zu „complicirt“ abgelehnt hat, gereicht ihm unter diesen Umständen zur Ehre. Ein geheimer Vertrag mit Rußland neben einem Bündnisvertrag mit Oesterreich gegen Rußland — das ist allerdings für Staatsmänner, die ehelich handeln wollen, etwas zu complicirt. Offenbar ist

der indirecte Tadel, der in der Nichterneuerung des über die wirkungslosen geheimen Abkommens mit Rußland lag, der Stachel gewesen, der den Fürsten Bismarck zu dem Verzicht des diplomatischen Geheimnisses getrieben hat. Aber, wie es so geht, der Pfeil, der den Grafen Caprivi noch nachträglich tödtlich treffen sollte, ist auf den Schützen zurückgeprallt.

Politische Uebersicht.

Italien. Die Leiche des Cardinals Hohenlohe wurde am Sonntag Nachmittag nach einer kurzen Trauerfeier in der Kirche Santa Maria Maggiore in Rom in der Stille auf dem deutschen Friedhof bei S. Carlo Peter gebracht, wie die Beerdigung am 3. d. M. nach einem feierlichen Todtenamte in der Kirche San Lorenzo erfolgen wird. Kaiser Wilhelm beauftragte den Gesandten von Bülow mit seiner Vertretung bei der Trauerfeier und ließ einen prächtigen Kranz am Sarge niederlegen. Die Prinzessinnen Friedrich Karl und Friedrich Leopold haben ebenfalls Kränze gesendet, desgleichen das kronprinzliche Paar von Schweden, das sich durch den schwedischen Gesandten Blott vertreten läßt. — Nachrichten aus Sizilien berichten von Meeresfluthen, die in Palermo die Erdgeschosse, sowie die umliegenden Felder verwickelten. Auch bei Trapani wurden Felder beschädigt. Drei Personen sind dabei ums Leben gekommen.

Rußland. Der Kaiser und die Kaiserin trafen mit der Großfürstin Olga, dem Großfürsten Sergius und der Großfürstin Elisabeth am Sonnabend um 7 Uhr abends auf der Station Gatschina ein und wurden vom Minister des kaiserl. Hauses Grafen Woronzow-Dolgow, dem Minister für Verkehrswege Fürsten Giltow, dem Generaladjutanten Fürsten Darostin und Anderen empfangen. Bald nach der Ankunft begab das Kaiserpaar sich nach dem Palais, um die Kaiserin-Mutter zu begrüßen, die nachmittags um 4 Uhr mit dem Großfürsten Michael und der Großfürstin Olga Alexandronna dabelbst eingetroffen war. Um 8 Uhr abends kehrten die Majestäten zum Bahnhof zurück und fuhren nach Zarsko-Selo weiter, wo sie auf dem Bahnhofe von dem Minister des Innern Goremyin und anderen hervorragenden Persönlichkeiten empfangen wurden. Die Majestäten begaben sich ohne Aufenthalt nach dem Alexandrowskypalast, in dem sie ihren Aufenthalt zu nehmen gedenken. — Durch kaiserliche Ordre ist der Generalmajor Tichonow zum Gouverneur der neugeldachten Provinz des Schwarzen Meeres ernannt worden. — Die russische Telegraphenagentur versendet das folgende politische bedeutsame Telegramm: „Angesichts der politischen Verwickelungen der letzten Zeit, welche unfruchtlich einen sehr üblen Einfluß auf die türkischen Finanzen ausübten, glaubt der russische Finanzminister die nach dem Vertrage vom 2./14. Mai 1892 jährlich in dem Betrage von 1 Million Rubel in Gold von der Türkei an Rußland zu zahlende Kriegsentwädigung für das nächste Jahr um 1/2 Million Rubel Gold herabsetzen zu sollen.“ Hiernach ist es also Rußland, das der Türkei in ihren schweren Geldverlegenheiten zunächst die helfende Hand bietet.

Frankreich. Nach dem am Sonnabend der Deputirten-Kammer vorgelegten Gesekentwurf betreffend die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich soll der Gewinn von einer gewissen Grenze ab zwischen der Bank und dem Staat getheilt werden. Ferner sollen die landwirthschaftlichen Creditbewerber den kaufmännischen gleichgestellt werden. Der Bericht des Finanzministers, der von dem Präsidenten Faure unterzeichneten Verfügung, betreffend die Einsetzung einer außerparlamentarischen Commission zur Prüfung der Frage des Alkoholmonopols vorausgeht, faßt die Prüfung folgender Fragen ins Auge: Fabricationsmonopol, Rectificationsmonopol und Verkaufsmo-

monopol. Die Kammer nahm mit 324 gegen 189 Stimmen entgegen dem Vorschlage des Berichterstatters einen Antrag an, nach welchem Alkohole für den häuslichen Gebrauch zollfrei sein sollen. — Der in Paris versammelt gewesene internationale Genossenschaftscongrès hat seine Sitzungen geschlossen. Zu Mitgliebrern des Centralcomitès für die in London zu bildende corporative Allianz wurden für Deutschland die Doctoren Krüger, Havenstein und Hauschke designirt. Der Vorsitzende des Congresses Siegfried sprach die Hoffnung aus, daß alle Theilnehmer an dem diesjährigen Congresse auch dem nächsten für das Jahr 1897 in Delft in Aussicht genommenen Congresse beiwohnen werden.

Dänemark. Ueber ein Bündniß Dänemark mit Rußland läßt sich die „Post. Tid.“ folgendes aus London melden: Unter der Ueberschrift „Dänemark und der Zweibund“ veröffentlicht „Ball Mall Gazette“ einen Kopenagener Brief, worin behauptet wird, zwischen Dänemark und Rußland bestehe ein geheimes, nicht schriftliches Abkommen, demzufolge es übernommen habe, die Integrität der Besitzungen des Königs von Dänemark zu verbürgen, und versprochen, es werde, falls eine günstige Gelegenheit entstehe, sei es durch Gebietsregelung oder in anderer Weise, darauf bestehen, daß Nordschleswig Dänemark zurückgegeben werde, falls die Einwohnerhaft mittels Volksabstimmung einen derartigen Wunsch ausdrücke. Dänemark verpflichte sich, falls Rußland in einen Krieg verwickelt werden sollte, ihm Kopenhagen und dessen Material, wie Häfen, Befestigungen, Schiffsbauhöfe u. i. w. für eine zeitweilige Besetzung zur Verfügung zu stellen. Alexander III. habe dieses Abkommen mit dem Dänentönig getroffen. Aus diesem Grunde seien die kostspieligen Befestigungen Kopenhagens trotz dem Proteste des dänischen Unterhause fertig gestellt worden. „Ball Mall Gazette“ fügt hinzu, ihr Gewährsmann habe Zugang zu den besten Quellen diplomatischer Kenntniß, sie lege das höchste Vertrauen in seine bona fides. — Uns scheint die ganze Meldung noch sehr der Bestätigung zu bedürfen und nur darauf berechnet, Mißtrauen zwischen den Feilandsmächtigen heroorzurufen.

Spanien. Der Ministerrath genehmigte die Grundlagen der Creditoperation, die in Spanien vorgenommen werden wird. Es soll die Ausgabe einer fünfprozentigen, in acht Jahren zu tilgenden inneren Schuld im Betrage von 400 Millionen Peletas erfolgen.

Bulgarien. Die Gerichtsverhandlung gegen die der Ermordung Stambulows Angeklagten, die am 13. October stattfindend sollte, kam, wie der Telegraph gemeldet hat, wegen Nichterscheinens wesentlicher Zeugen nicht zu Stande. Ueber den Inhalt der Anklage erhalten nun die Moskowskija Wjesdomosti aus Sofia ausführliche Mittheilungen, aus denen hervorzugehen scheint, daß die Umstände des Mordes vom 3./15. Juli 1895 jetzt, nach mehr als einjähriger Untersuchung, in allen Stücken klargestellt sind. Darnach erscheinen als der Anführer des Mordes: Tjuschtschijew, als die eigentlichen Thäter: Stanrew, Zwetanow und Georgijew, und als Mitwisser und Helfer: der Droschkentütscher Kow. Auch die Waffen zur Ausführung des Verbrechens hatte Tjuschtschijew, der am 21. October 1894 aus dem Auslande nach Sofia zurückgekehrt war, geliefert.

Serbien. Die Supplexintra hat ihre Sitzungen bis zum 28. November vertagt.

Rumänien. Bei dem am Freitag zu Ehren des Königs von Serbien stattgehabten Festessen brachte König Carol einen Toast auf den König von Serbien aus, in dem er hervorhob, er begrüße den dritten Herrscher Serbiens in seiner Hauptstadt, was ein Beweis dafür sei, wie freundschaftlich und befreundet die Beziehungen zwischen Serbien und Rumänien stets waren. Er dankte sodann für den

Besuch und wünschte dem König Alexander und dem serbischen Volke, für das die Rumänen so viele Sympathien hegen, Glück und Segen. Der König von Serbien dankte für die ihm ausgedrückten Gefühle und den ihm bereiteten herrlichen Empfang und sprach sodann die Überzeugung und den Wunsch aus nach einer weiteren Vertiefung und Befestigung der traditionellen, auf aufrichtiger Freundschaft und Interessengemeinschaft beruhenden Beziehungen beider Staaten. Am Abend fand ein glänzender Fackelzug statt. Im Laufe des Sonntags besuchten die Majestäten das Arsenal, die Genieschule und das pyrotechnische Institut. Nach dem Festmahl reisten die Majestäten, der Thronfolger und der Ministerpräsident Sturdza nach Sinaita ab.

Montenegro. Fürst Nikolaus, Prinz Mirko und Prinzessin Anna sind am Sonntagabend nach Cetinje zurückgekehrt und von einer großen Volksmenge mit begeisterten Huldigungen begrüßt worden.

Türkei. Wie aus Wien berichtet wird, hat Rußland auf Wunsch Frankreichs sich dazu bereit erklärt, einen Delegierten in die türkische Staatsschuldenkommission zu entsenden. — Die „Post“ erfährt von zuverlässiger Seite aus Konstantinopel: Auf die von der Pforte an die Mächte gerichtete Anfrage, betreffend die Einführung von Monopolen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Türkei haben bereits zwei Mächte (wahrscheinlich Frankreich und Rußland) ihre Zustimmung an die Pforte erteilt. — Die Nachricht, daß an den Beratungen der Militärattache in der Kommission für die Reorganisation der Gendarmerie auf Kreta auch die türkischen Mitglieder teilnehmen, ist unrichtig; die letzteren haben bisher keine Besprechung mit den Militärattachés gehabt und dürften demnächst durch andere ersetzt werden, da, wie gemeldet, die Vorkämpfer die Qualifikation dieser Delegierten bemängelt und ihre Ersetzung durch andere verlangt haben. — Auch die Nachricht von täglichen Vorkämpferkonferenzen entspricht nicht den Thatsachen; die Vorkämpfer treten wie bisher einmal wöchentlich zur Beratung über die laufenden gemeinsamen Angelegenheiten zusammen.

Ägypten. Die Scheichs mehrerer bedeutender Stämme des Sudan haben sich der ägyptischen Regierung unterworfen. Es befindet sich daher ein großer Theil der Wüste zwischen Dongola, Berber und Andurman im Besitze von Arabern, die der Regierung freundlich gesinnt sind.

Marokko. Der Sultan übersandte dem englischen Gesandten 25 000 Dollars zum Bau einer neuen Mole in Tanger. Dies ist eines von den Zugeständnissen, die der englische Gesandte vor einigen Monaten erlangt hat. Der Sultan befehlt dem Gouverneur von Tanger und Tetuan, Expeditionen zur Bestrafung des Stammes der Beni Gorfet zu entsenden. — Der Prozeß wegen der Ermordung Rodkrohs dauerte nur fünfzehn Minuten. Der Sultan hat die Urtheile, die auf 2 bis 10 Jahre Gefängnis lauten, bereits ausführen lassen. — Die deutschen Gulschiffe „Storch“ und „Molle“ sind auf der Rhede von Tanger angekommen.

Nordamerika. In Chicago ist, wie die „Zeit. Bzg.“ meldet, infolge der politischen Agitation in allen Geschäften Stillstand eingetreten. Die Silberleute halten Versammlung Tag und Nacht ab, die Republikaner veranstalten Gegendemonstrationen. Bryan hielt am Donnerstag zwanzig Reden und sprach am Freitag in Iowa. Garrison beginnt eine Redetournee in Indiana. Die Golddemokraten in Minnesota erklären in einem Auftrage an alle Gesinnungsgenossen, die Republikaner seien zu zuverlässig, die Golddemokraten sollen in allen zweifelhaften Staaten direkt für Mac Kinley eingetreten, um Bryan's Niederlage sicher zu machen. Newyorker Blätter äußern sich zuversichtlich, daß Mac Kinley gewählt wird, trotz neuerer weniger günstiger Berichte aus dem mittleren Westen.

Deutschland.

Berlin, 2. November. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Sonntagsnachmittag in Potsdam der Taufe der Tochter des Prinzen Karl Anton von Hohenzollern bei. Die Taufe vollzog der katholische Feldpredigt der Arme D. Kammann unter Assistenz des katholischen Divisionsparreres Hofrichter. An der Feier nahmen noch Theil die Grafen von Flandern, der Fürst, sowie der Erbprinz und die Erbpriesterin von Hohenzollern, ferner der Herzog- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg. A. Nach der Taufe fand ein Diner zu 32 Personen statt. — Der Kaiser hat den Prinzen Anton von Hohenzollern zum Rittermeister ernannt (Widmung des Kaisers.) Wie das „V. Bzg.“ hat der Kaiser sämtliche den Fürsten eine Widmungsexemplar der seinen Angaben entfallenden Knad-

fuß'schen Zeichnung übermitteln lassen. Der Sendung dieser Zeichnung, die bekanntlich den Sieg des deutschen Wapels über die Mächte der Finsterniß darstellt, ist eine erklärende Auseinandersetzung des mairischen Vorganges beigefügt.

— (Bei der Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine untereinander) empfiehlt die „Post“ auch andere Bestimmungen des Gesetzes von 1850 auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen, insbesondere diejenigen, welche Schülern, Lehrlingen und Frauen die Theilnahme an Versammlungen politischer Vereine verbietet, dagegen die Theilnahme an anderen politischen Versammlungen gestattet. Danach würde es sich um ein allgemeines Verbot der Theilnahme von jugendlichen Personen, welche noch nicht das aktive Wahlrecht haben, an politischen Versammlungen jeder Art handeln und vielleicht um eine Zulassung von Frauen. Man müßte also vor allem eine Bestimmung in das Gesetz aufnehmen, wonach jeder, der einer politischen Versammlung beiwohnen will, einen Geburtschein vorzulegen hätte.

— (Die Veröffentlichung des Entwurfs der neuen Militärstrafprozessordnung) soll, der „Nat. Bzg.“ zufolge, vorgekommen werden, sobald als ausgeschlossen erscheint, daß sich zwischen den Regierungen Meinungsverschiedenheiten über denselben ergeben würden. Dieser Fall scheint aber nicht einzutreten. Wenigstens spricht die „Münch. Allg. Bzg.“ bereits von den zwischen Preußen und Bayern bestehenden Meinungsverschiedenheiten, von denen sie hofft, daß dieselben durch Auffinden einer mittleren Linie ausgeglichen würden. Welches diese Meinungsverschiedenheiten sind, wird nicht gesagt. Man erinnert sich aber, daß der bayerische Kriegsminister General v. Uch am 23. Nov. 1895 in der Abg.-Kammer versicherte, die bayerische Regierung werde an dem Verprechen festhalten, daß der bewährte Theil der bayerischen Militärstrafprozessordnung seinen Eingang finden solle in die Reichsstrafprozessordnung. Die Meinungsverschiedenheiten“ werden demnach wohl in erster Linie die Frage betreffen, in welchem Umfange die Öffentlichkeit bei den Verhandlungen der Militärgerichte ausgeschlossen werden darf.

— Differenzen zwischen Konservativen und Agrariern. Nicht die „Kreuzzeitg.“, welche doch das eigentliche Organ der konservativen Partei ist, sondern die „Deutsche Tagesztg.“, welche die konservative „Schle. Bzg.“ (jedem als Organ der Agrarern bezeichnet hat, richtet an den Pfarrer Lic. Weber in R.-Glabach, der in der christlich-sozialen Durchsichtsbewegung in Barmen mitgetheilt hat, er wisse durch Vermittelung eines Freundes aus dem Munde eines hochangesehenen Mitgliedes der konservativen Partei, daß diese den Antrag Kanitz lebhaft als Agitationsmittel zur Aufhebung der Massen gegen die Regierung benutze, die Aufforderung, zu sagen, wer das in Rede stehende hochangesehene Mitglied der konservativen Partei ist. In seiner (Webers) Mittheilung liege eine schwere Verleumdung gegen alle konservativen Verteidiger des Antrags Kanitz.

— (Das Berliner Polizeipräsidium) sucht in einer längeren Ausführung die Angriffe der Presse gegen die Criminalpolizei anlässlich der Lewy'schen Mordaffäre zu widerlegen und weist darauf hin, daß die Polizei schon am Vormittag nach der That die Thäterschaft Berners in Betracht zog und auch in dem Bericht an den Minister des Innern Berner als den mutmaßlichen Thäter bezeichnete. Nach Widerlegung weiterer Angriffe schließt der Bericht: Das Polizeipräsidium regie auf den Antrag des Chefs der Criminalpolizei selbst bei dem Minister des Innern eine Untersuchung über eine etwa notwendige oder wünschenswerthe Aenderung in der Organisation der Criminalpolizei an. Das Polizeipräsidium glaubte nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß der Minister eine Unterordnung anordnen würde.

— (v. Wismann's Abschied.) Nachdem der Major v. Wismann auch dem Reichstanzler gegenüber erklärt hat, daß er aus Gesundheitsrücksichten nicht auf seinen Posten nach Ostafrika zurückkehren wird, ist man an amtlicher Stelle zu dem Entschlusse gekommen, ihn zur Disposition zu stellen. Die Entscheidung wird inessen erst getroffen, wenn der Gouverneur von Kamerun empfangen sein wird. Auf diese Weise bleibt er im Zusammenhange mit der Regierung und kann stets um Rath gefragt werden, wenn es nöthig ist. Die amtliche Kaufbahn des Gouverneurs v. Wismann im Colonialdienste kann nun wohl als abgeschlossen angesehen werden, denn selbst wenn seine Gesundheit in kürzerer oder längerer Frist wieder vollständig hergestellt sein wird, so wird er noch gewisser Zeit der tropischen Thätigkeit entbehren. Daß er selbst von dem gleichen Gedanken beherrscht wird, geht wohl daraus hervor, daß er in Deutschland Grundbesitz erwerben will. Ein Blick auf seine afrikanische Thätigkeit wird angebracht: Zum ersten Male wurde

er als 23-jähriger Lieutenant auf Afrika hingelenkt, als er 1874 Dr. Bogge in Kiofok kennen lernte, der eine Expedition der afrikanischen Gesellschaft nach Westafrika in das Landreich mitgemacht hatte. Als Bogge 1880 von derselben Gesellschaft mit der ersten deutschen Durchquerung Afrikas betraut wurde, schloß sich Wismann der Expedition an. Dr. Bogge mußte bekanntlich im April 1881 wegen schwerer Erkrankung umkehren; von da ab führte Wismann die Karawane selbstständig. Im Jahre 1883 nahm er ein Anerbieten des Königs der Belgier an und führte mit dem Stabsarzt Dr. Wolf und den Lieutenants von Francois, S. und F. Müller die Erforschung des Kasai durch. Er kehrte 1885 zurück, machte aber im Jahre 1888 eine nochmalige Expedition im Auftrage des Königs Leopold II nach dem Kaffirland und durchquerte Afrika zum zweiten Male, wobei er über den Nyassa zurückkehrte. Als der Araberaufstand 1888 in Ostafrika ausbrach, trat Wismann in den Dienst des Reiches und wurde als Reichskommissar mit außerordentlichen Vollmachten versehen. Er unterbrückte 1889/90 den Aufstand vollständig. In den Jahren 1892/93 brachte er den Dampfer „Hermann Wismann“ nach dem Nyassa und im Juni 1895 wurde er zum Gouverneur von Ostafrika ernannt. Wismann genießt einen Vorzug vor den meisten Afrikareisenden, ihm sind alle seine großen Unternehmungen geselct, er hat alle seine schwierigsten Aufträge durchzuführen können. Deshalb steht er auch in großem Ansehen beim Könige der Belgier, der auch oft die entgegengesetzten Erfahrungen hat machen müssen.

Das ostafrikanische Eisenbahnprojekt in der Berliner Colonialgesellschaft.

Für das ostafrikanische Eisenbahnprojekt hielt in der Berliner Colonialgesellschaft unter dem Vorsitz des Prinz v. Arenberg in vor. Woche der frühere ostafrikanische Geheimrath Hermann v. Wissmann einen Vortrag, über welchen die „Nationalztg.“ ausführlich berichtet. Herr v. Wissmann brachte nicht viel Neues vor. Die Eisenbahn auf der Strecke bis Morogo wird 11 850 000 Mk. kosten und eine Betriebsausgabe von jährlich 716 000 Mk. bei Abfassung eines Juges in je einer Richtung veranlassen. Eine Veranschlagung der Einnahmen dagegen ist, wie Herr v. Wissmann eingesehen mußte, unmöglich. Die Hoffnung auf gute Cultur in jener Wüste wegend läßt sich nach den Darlegungen einzig und allein auf die Kaffeepflanzung einer deutschen Kolonie in Morogo. Man müsse nur an die Entwicklungsfähigkeit des Landes glauben. Man führe die Schienen hin, so werden die Lebensadern bilden, so dynamische der Fortschritt.

Gouverneur v. Wismann empfahl das Projekt, indem er ausführte, jene Wege könnten dort der üppigen Vegetation und der Regenzeit nicht widerstehen. Eisenbahnen seien aber leicht offen zu halten. Das das Sochplateau südlich der Bahn sich zur Colonisation eignet, bezeichnete Wismann, für sehr wenigstens. Anders, wenn die Erörterer der klimatischen Verhältnisse durch die Eisenbahn schnell in besseres Klima gebracht werden können und ihnen der Comfort der Cultur, z. B. Conferenzen, Eisenmaschinen, ohne allzu große Vertheuerung zugeführt würde. Herr v. Wismann erging sich dann in weiten Perspektiven bis zum Tanganika-See und der Verbindung dieser Seenflüsse durch den Congo als Aushilfsstraße nach der Westküste. Darum müsse man in Konkurrenz mit dem Congo den Verkehr nach Osten beschleunigen. Sehr richtig dagegen verhielt sich gegen das ganze Projekt Prof. Kofitz. Er führte den Gedanken an, daß die Bahn sich in absehbarer Zeit nicht rentiren könne. Eisenbahn und Kaufkraft kommen als Eisenbahnfragen nicht in Betracht. Nur Massenprodukte wie Kaffee, Zucker, Tabak, Baumwolle, Sesam, Erdnüsse könnten der Bahn genügende Frachten zuführen, und fast alle diese Produkte gehen nur auf ganz beschränkten Gebieten Ostafrikas, nämlich nur in benachbarten Gegenden, wo der Wald bis zu 800 bis 1000 Meter Meereshöhe herrscht. Deutsch-Ostafrika ist in Westafrika ein Vorposten und hat ein viel zu trockenes Klima, als das es nennenswerthe Fruchtbarkeit entwickeln kann. Während in Kamerun der Regenfall 3—4000 Millimeter im Jahre betrage, erreiche er in Ostafrika nur 1000, stellenweise 500 Millimeter und beschränke sich auf drei Monate im Jahre. Wollte man die Bedung der Landeskultur etwas thun, so sei die Anlage von Bewässerungssystemen, die Erhaltung und Erhöhung des Waldbestandes wichtiger als die Anlage von Eisenbahnen. Deutsch-Ostafrika habe nur 4 1/2 Millionen Einwohner. Diese geringe Bevölkerung sei kein Zufall, sondern stehe in intimer Zusammenhang mit der Unproduktivität, einjährige Anpflanzungen zu bauen. Eisenbahnen könnten weder zur Vermehrung der Bevölkerung noch zur Verbesserung der klimatischen Verhältnisse beitragen. Das an einem Ueberfluß von Erdenscheit leiden be Ostafrika, welches nur Wäde, kleine Fische habe, dürfe mit Indien nicht verglichen werden, wo ein angesiedeltes Flusnetz zur Anlage großartiger Bewässerungen zur Verfügung gestanden habe. Die Uambara-Bahn müsse eine Aushilfsstraße sein, daß wir noch nicht soweit sind, um an Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in Ostafrika denken zu können. Derselbe sei unter allen Umständen punkten befrucht!

Herr v. Wismann wurde über diese Rede sehr ungehalten und meinte, daß er in diesem Falle der erste sein würde, zur Aufgabe von Deutsch-Ostafrika zu rufen. Sicher sei richtig, daß die Bahn nicht sofort rentiren werde. Die geringe Zahl der Bevölkerung des Landes werde durch die Sklaverei, die inneren Kriege, Kindermord, die Vordenkungs- und andere Uebel vermindert. — Im Grunde genommen fritten sich also die beiden Redner nur darum, was an den nächsten Verhältnissen Ostafrikas die Schuld trage.

Constat. D. Hoffen, der einmal vorübergehend in Ostafrika war, hofft auf eine Vermehrung des Exports von

Volkswirtschaftliches.

Die ersten amerikanischen Kaffeebohnenjahre sind in Berlin eingetroffen. Der erste Dampfer, der vor wenigen Tagen mit Ost-Deutschland erreichte, hatte eine Obladung am Bord, die 210 Eisenbahnwagen füllte. Der Centner wird mit 4 bis 8 Mark bezahlt, während gute hiesige Kaffeebohnen Durchschnitt 16 Mk. kosten.

Der „Post“ wird aus Spottau gemeldet: Auf Veranlassung des hiesigen Regierungspräsidenten von Bitter steht die Einführung eines anderweitigen Verteilungsmodus für das Schineeneinzel-Quantum unmittelbar bevor, da eine anhaltende Preissteigerung durch die Händler bei der überwiegen größeren Zahl der eingeführten Schweine sich erwiesen hat. Dagegen ist die Vermehrung des Einfuhrquantums nicht zu erwarten.

Provinz und Umgegend.

Halle, 1. Nov. Hier hat sich heute ein Verein der Eisenbahnarbeiter zur Wahrung ihrer Interessen gebildet; mit der Politik hat dieser Verein nichts zu thun, obgleich man annehmen kann, daß die Kriebseder des Ganges die moderne Arbeiterbewegung ist. Der Materialgehilfe Günzel hier erlitt im Viehdiebstahl auch Verletzungen am Körper durch überstehendes Aaß, das seine Kleider in Brand setzte. Die Kollegen des Betroffenen sprangen schnell hinzu und löschten den Brand. Auf den Dächern bei Halle trieben sich in letzter Zeit mehrere sogen. Wunderdoctoren herum und boten Heilgläubigen eine Mixtur gegen Lungenentzündung u. an. Da die Kurpfusiger jedenfalls ihre Thätigkeit auch an anderen Orten entfalten, so sei vor ihnen gewarnt.

Halle, 31. Oct. Zu dem Projekt der elektrischen Eisenbahnen Halle-Leipzig und Schöneberg-Deilich erhalten die „Leipz. N. Nachr.“ folgende Zuschrift des Eisenbahnbetriebsdirectors a. D. Wallhorn, Vertreter der Firma Kramer u. Co. in Berlin: „Ich gestatte mir die Mitteilung, daß wir den Bau der Zweigbahn Schöneberg-Deilich nicht von der Genehmigung der Spurenbahn, sondern von dem Uebergang der Wagen des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen, sowie von der Genehmigung, die elektrischen Eisenbahnen Halle-Leipzig und Schöneberg-Deilich als ein Unternehmen betrieblen zu dürfen, abhängig machen. Diebezügliche Anträge sind bei der königlichen preussischen Regierung bereits gestellt und steht die Entscheidung derselben noch aus. Der Bau einer Schmalspurbahn ist nie in Frage gekommen, ebenso die Befürchtung, daß wir als Concurrent der Staatsbahn auftreten würden. Die Güter, welche wir befördern wollen, sind solche, die bisher durch Gespanne von den einzelnen Bahnstationen abgehoben wurden. Inwiefern dadurch der Staatsbahn eine Konkurrenz erwachsen soll, ist nicht recht ersichtlich. Etwas anderes würde es sein, wenn wir Güter für den Durchgangsverkehr übernehmen würden. Dies ist jedoch ausgeschlossen, weil die Gütergleise an allen vier Enden der projektirten Bahn in die Staatsbahngüterbahnhöfe eingeführt werden, von wo auch die Expedition erfolgt. Hochachtungsvoll Wallhorn, Eisenbahnbetriebsdirector a. D., Vertreter der Firma Kramer u. Co., Berlin.“

Wittenberg, 30. Oct. Nach seiner gestrigen Trauung in der Stadtkirche vermählte ein junger Ehemann etwa 100 Schritt von der Kirche seinen Trauring. Er ließ seine junge Frau stehen und stürzte zur Kirche zurück, wo er denn auch nach vielem Suchen in der Vorhalle und in der Sakristei das Kleid in — seiner Noctische wieder fand, in die er den Ring mit seinem Trauring gesteckt hatte. — Gestern versuchte die hier in Dienst stehende 17-jährige Martha Höbner aus Berlin sich im Kohlen Keller ihrer Herrschaft an ihrem Schürzenbunde zu erhängen, wurde aber von Hausgenossen noch rechtzeitig losgeschnitten und gerettet. Der Grund zu dem Selbstmordversuch ist — ein abgebrochener Terminfrist.

Wittenberg, 30. Oct. In vergangener Nacht brach auf dem Geflügelhof Grüntal ein Feuer aus, durch das eine große Scheune mit allen Getreide-, Stroh- und Heuvorräthen, ferner ein Hühnerstall und ein Brutstall in Asche gelegt worden sind. Mit verbrannt sind 600 Hühner und Truthühner, 40—50 Paare Tauben und 1500 Brüterei und Küden; bezeichnend durch das Feuer sind außerdem noch 200 Hühner derart, daß nur wenige davon am Leben bleiben werden. Es ist deshalb der Gesamtverlust an Hühnern und Truthühnern auf 800 zu veranschlagen. Die Anstalt ist erst vor zwei Jahren von Herrn Erich eingerichtet worden und arbeitete mit gutem Erfolg. An Hülfe bei dem

Brande war nicht zu denken, da die Anstalt eine Stunde nördlich von Wittenberg zwischen Bergen zwar sehr malerisch, aber so verschleiert und vereinzelt liegt, daß das Feuer in den umliegenden Dörfern gar nicht gesehen werden konnte.

Leipz., 30. Oct. Nachfolgende Schwindelgeschichte ist vor einigen Tagen gegen die Familie eines Zimmermanns in dem Dorfe Goldschaya probirt worden. Aus Hannover, wo ein Sohn des Zimmermanns arbeitet, kam ein eingeschriebener Brief, in dem dem Eltern mitgeteilt wird, daß ihr Sohn dort in Folge eines Bruches des rechten Armes krank darniederliege, aber nicht eher in das Krankenhaus aufgenommen werden könne, als bis ein Vorstoß geleistet sei, weshalb der Absender am 50 Mark bietet. Die Frau eilte zu ihrem hier in Arbeit stehenden Manne und nach kurzer Verabingung beschloßen Beide die Abwendung des Geldes an ihren Sohn. Bald darauf aber kam dem Vater die Sache verdächtig vor; er reiste kurz entschlossen nach Hannover und begab sich dort zunächst auf das Postamt, um die Auszahlung des Geldes unter Verlegung der Gründe zu verhindern, was ihm auch gelang. Gleichzeitig empfing er auch die Mittheilung, daß schon Jemand nach dem Gelde gefragt, die Sendung aber zur Zeit noch nicht an der betreffenden Ausgabestelle vorgelegen habe. Den Sohn selbst fand der Vater wohlbehalten in seinem Arbeitsverhältnisse. Ein Gauner hatte ihn wahrscheinlich bei einem Gespräch belauscht und das Manöver auch gleich zur Ausführung gebracht. Vielleicht gelingt einmal seine Festnahme.

Erfurt, 31. Oct. Zum Doppelfestmorde der Gebr. Wahl wird noch berichtet: Die Firma galt unter dem vor kurzem verstorbenen Begründer für finanziell ziemlich gut fundirt. Wie man hört, haben sich die beiden Brüder in große Börsenspeculationen eingelassen, die derart fehlgeschlagen, daß sie den Beiden bedeutende Verluste — man spricht von 240000 Mark — einbrachten. Der ältere, erst seit kurzem verheiratete Bruder war vorgestern nach Berlin gefahren, augenscheinlich in der Absicht, einen Ausweg zu finden; indessen scheint dieser Schritt die erhofften Folgen nicht gehabt zu haben. Gestern in den frühesten Morgenstunden kehrte Max W. nach Erfurt zurück; er wurde von seinem Bruder auf dem Bahnhof erwartet. Die Beiden gingen noch in ein Café und begaben sich dann nach Hause. Was dann weiter geschah, deutet das Dunkel der Nacht. Gestern Morgen fand der Hausknecht seine beiden Heß auf dem Balkon todt vor; jeder hatte eine Schußwunde im Kopfe. — Ueber das Verbrechen der Firma Wahl ist heute der Concurat eröffnet worden.

Mühlhausen, 30. Oct. Ähnlich wie das Polizeipräsidium in Berlin hat auch, wie man der Hall. Zig. meldet, die hiesige Polizeiverwaltung dieser Tage eine Polizeiverordnung erlassen, nach der die Inhaber offener Geschäfte verpflichtet sind, ihren vollen Vor- und Zunamen, Namen der Firma und, falls dieser Name von seinem eigenen abweicht, außerdem seinen eigenen Vor- und Zunamen in gleicher Größe wie den der Firma in deutlicher Schrift außerhalb des Geschäftsfloßes straßenwärts in Höhe von mindestens 1 1/2 Meter über dem Bürgersteige anzubringen.

Wittenfeld, 30. Oct. Der von der königlichen Eisenbahnverwaltung zu Dessau geleitete Umbau des hiesigen Bahnhofes ist gegenwärtig so weit fertiggestellt, daß der Tunnel in den nächsten Tagen dem Publikum zur Benutzung übergeben werden kann. Der Bahnhof wird künftig zwei Bahnsteige und vier Gleise haben; ein fünftes ist bestimmt für den Betrieb der Wittenfeld-Jorbürg-Stumdborfer Linie nach deren Fertigstellung. Beide Bahnsteige werden demnächst auf einer Länge von ca. 250 m mit Wellblech überdacht und erhalten zur Bequemlichkeit der Reisenden am Nordende je eine Bedienungshalle. Wie wir erfahren, kommen zum Frühjahr auch Erfrischungshallen zur Aufstellung.

Gräfenhainichen, 30. Oct. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich im Betriebe des Braunkohlenwerkes im benachbarten Golpa. Dort wurden zwei dafelbst beschäftigte Arbeiter durch herabfallende Braunkohlenmassen verstaubt und der eine von ihnen, welcher erst den ersten Tag dort thätig war, sofort getödtet, der andere aber an den Beinen so schwer verletzt, daß seine sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus „Bergmannstrost“ in Halle a/S. sich nöthig machte. Der so plötzlich aus dem Leben Geschiedene, Namens Müller, war verheiratet; es trauern um ihn eine Mutter und zwei unmiündige Kinder. Der Schwerverletzte heißt Kolberg.

Leipzig, 30. Oct. Als heute Nachmittag auf einem Neubau in der Karl Tauchnitzstraße ein

Monteur und ein Handarbeiter mit dem Ausschmeißen einer in einem Kupferrohr befindlichen Kolophoniummasse beschäftigt waren, explodirte dieselbe plötzlich aus noch unauzgeklärter Ursache. Der Handarbeiter trug dabei schwere Brandwunden davon.

Leipzig, 31. Oct. Wie die „Leipz. N. N.“ melden, hat der in Dresden gebildete Ehrengerichtshof der Anwaltskammer des Königreichs Sachsen gegen Dr. Hans Blum auf Ausschließung desselben aus dem Anwaltsstande erkannt. Es hat sich um einen Prozeß aus dem Jahre 1886 gehandelt, bei dem Dr. Blum weder Abrechnung erstattet, noch den Ueberschuß der Kosten abgeliefert haben soll. Bei mehreren anderen Prozeßen soll Dr. Blum zu viel Kosten berechnet haben. Dr. Blum hat auf das Erkenntniß hin sofort Berufung bei dem Ehrengerichtshof am Reichsgericht eingelegt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 3. November 1896.

Am Sonntag beging der hiesige Zweigverein der Gustav Adolfs-Stiftung sein 45. Jahresfest. Nachmittags 5 Uhr wurde in der Domkirche ein Festgottesdienst abgehalten, zu dem sich die Anbändigen in großer Menge eingefunden hatten, und in welchem Herr Konsistorialrath Professor D. Haupt aus Halle über die Einigkeit im Geste predigte. Abends 8 Uhr folgte sodann im Saale des „Tivoli“ eine gut besuchte Kafefeier, deren Programm sich aus gemeinsamen Gesängen, Männerchören und Ansprachen zusammensetzte. Herr Diaconus Schölknecht begrüßte die Anwesenden, wies auf die stetige Zunahme der römischen Propaganda hin und erwähnte zu einem kräftigen Eintreten für die Sache des Gustav Adolfs-Vereins, über dessen Thätigkeit er in kurzen Zügen Bericht erstattete. Die Einnahmen des Merseburger Zweigvereins betragen im abgelaufenen Jahre rund 600 Mark, wovon 400 Mark statutengemäß an den Hauptverein abgeliefert und 200 Mark als direkte Gabe den Gemeinden Nippes am Rhein und Salmopol in Galizien zugewendet wurden. Herr Pastor Höfer-Halle schilderte das halb weltliche, halb abergläubische, ja gögendienerische Treiben an dem berühmten italienischen Maßfahrtsorte Soretto mit seinem Menschengeväl, seinem Schauprengel, seinem Heiligthum und seiner Schatzkammer. Die Leichtsichtigkeit des römischen Cultus, schloß er, ist für den Deutschen eine nicht geringe Gefahr, darum dürfen unsere evangelischen Landesleute jenseits der Alpen kirchlich nicht vernachlässigt werden, darum müssen wir dafür sorgen, daß sie an Predigern und Lehrern keinen Mangel leiden. Herr Pastor Reichmann-Ermleben endlich führte die Zuhörer im Geiste nach Spanien, wo das Evangelium schon im 16. Jahrhundert Wurzel gefaßt hatte, durch die Inquisition aber wieder ausgerottet wurde, und wo es heute in erfreulicher Weise neuen Boden gewinnt, namentlich dank der unermüßlichen und geeigneten Wirksamkeit des Pastors Filmer. Für eine der dortigen Gemeinden bestimmte denn auch am Schluß des Abends der Vereinsvorsitzand den Betrag der üblichen Sammlung, beynäs welcher an den Ausgängen des Saales Keller aufgestellt waren.

Die für Sonntag Nachmittag angelegte Turnfahrt der Halle'schen Turnerschaft kam trotz der heucheligen Witterung zur Ausführung und gegen 5 Uhr trafen die Theilnehmer in großer Zahl in der „Fantenburg“ hieselbst ein. Hier hatten sich bereits Turngenossen aus Querfurt, und zwar Mitglieder des Vereins „Vater Jahn“ und des Männer Turnvereins dafelbst, sowie mehrere Lausitzer Turner eingefunden, die in kleinen Saale vom Vorstande des hiesigen Männer-Turnvereins sämmtlich willkommen geheißen und herzlich begrüßt wurden. Weitere Reden und Segenreden wechselten mit gemeinschaftlichen Gesängen ab und so verlief die Zeit bis zur Abfahrt der Gäste, die kurz nach 8 Uhr erfolgte, in angenehmer und recht turnerischer Weise. Mit einem dreifachen „Gut Heil“ verabschiedeten sich die Turngenossen gegenseitig.

Auf die morgen, Mittwoch, vormittags 9 1/2 Uhr am „Thüringer Hofe“ hieselbst stattfindende Controlversammlung machen wir die Besucher und Landwehrlente nochmals besonders aufmerksam.

Am Sonntag feierten die Handarbeiter Friedrich Hennich'schen Eheleute hier, wohnhaft Brühl Nr. 13, das seitene Fest ihrer goldenen Hochzeit. Das körperlich und geistig noch rüstige Jubelpaar wurde am frühen Morgen von einer Musikcapelle mit dem Chor „Lobe den Herren u.“ aus dem Schummer geweckt und erhielt im Laufe des Vormittags die Gratulationsbesuche seiner Kinder und Enkel, sowie von sonstigen Ber-

europäische Truppen mit Artillerie und das Kriegsschiff „Belasco“ nach Solo, der im Jahre 1876 erbaut und besetzte Hauptstadt des Sulu-Reichs, entland und außerdem die Bewachung der Küste von Mindanao durch einige Kriegsfahrzeuge anordnete. Der Erzbischof von Manila hat den Procurator des Dominikaner-Ordens telegraphisch benachrichtigt, daß die Lage auf den Philippinen schwieriger werde.

Griechenland. Die Sympathieen Griechenlands für die macedonischen Insurgenten machen sich in unerbittlicher Weise geltend. In den meisten Städten des Königreichs wurden am Sonntag für die Macedonien getödteten Insurgenten Requiem abgehalten, in den Kirchen hörte eine zahlreiche Menge von Andächtigen unter allgemeiner Bewegung den Gebeten der Geistlichen zu. Es wurden an verschiedenen Orten patriotische Ansprachen gehalten und zahlreiche Kränze mit Inschriften niedergelegt. In einigen Städten wohnten die Behörden, Deputirte, Offiziere und Professoren mit ihren Schülern der Feier bei. Das wird in Konstantinopel recht unangenehm berühren.

Juden. Die Hungersnoth in Indien nimmt einen erschreckenden Umfang an. Vom Napur nördlich bis Barilly, eine Strecke von 500 engl. Meilen, und von Patna westlich bis Beshawar an der afganischen Grenze, 1000 engl. Meilen ist entsetzliche Noth unvermeidlich. Selbst wenn im nächsten Frühling etwas gerannt werden sollte, wird die Noth bis dahin groß werden. Die hoffnungsvollsten Beamten erwarten nur eine halbe Ernte. Alle möglichen Maßregeln, die Noth zu lindern, wird die indische Regierung, so schreibt die „St. James Gazette“, selbstverständlich treffen. Mehr, als das thun, kann sie nicht thun. Das war nicht immer so. Während der Hungersnoth 1865 bis 1866 fielen in Orissa ein Viertel der Bevölkerung Hungers. Bei der Hungersnoth in Behar zwölf Jahre später wurde Verlust an Menschenleben dadurch verhindert, daß die Regierung Getreide einfuhrte und vertheilte ließ. Aber es kostete Millionen von Pfund Sterling. Dann kam die Hungersnoth von Madras 1876 bis 1877. Die indische Regierung wollte anfangs sparen. Die Folge war, daß eine entsetzliche Menge von Menschen zu Grunde ging. Die Ausgabe blieb dennoch groß. Seit der Zeit ist das indische Eisenbahnen gewaltig entwickelt worden. In den bedrohten Bezirken warten die Behörden nur auf den Befehl, die Nothbauten zu beginnen, die vielen Tausenden Beschäftigung geben werden. In den nordwestlichen Provinzen haben solche Nothbauten schon während der heißen Jahreszeit bestanden. Wie der Vizekönig Lord Elgin kürzlich anführte, sind einmal 300 000 Lente daran beschäftigt gewesen. Das von der Hungersnoth bedrohte Gebiet ist allerdings so groß, daß auch die größte Opferwilligkeit nicht ausreichen dürfte.

Deutschland.

Berlin, 3. Nov. Kaiser Wilhelm hörte gestern Vormittag von 9 Uhr ab im Neuen Palais den Vortrag des Chefs des Stabskabinetts, ertheilte sodann dem sinesischen Zolldirector Detring Audienz und nahm dann noch die Vorträge der Marine-ressorts entgegen. — Die Hofjagd in Leipzig, an welcher der Kaiser theilnimmt, findet am 13. und 14. d. M. statt. — Der Bar soll in Darmstadt seinen Besuch zum Frühjahr in Berlin in sichere Aussicht gestellt haben. Dieser Besuch soll mehr den Charakter einer freundschaftlichen Begegnung als einer offiziellen Visite tragen.

— (Dem Bundesrath) ist nunmehr auch der Militäretat zugegangen, so daß jetzt nunmehr der gesammte Etat vorliegt. Die Beratungen sollen der „Kreuzzeitg.“ zufolge so gefördert werden, daß dem Reichstag bei seinem am 10. d. erfolgten Zusammentritt der Etat vorliegt.

— (Die Entscheidung über die Zukunft des Herrn Dr. Kayser) ist, wie berichtet wird, gefällt, er wird demnächst als Senatspräsident beim Reichsgericht seinen Einzug in Leipzigs Mauern halten. Die Erregung über die Ernennung des bisherigen Colonialdirectors ist natürlich in Richterkreisen sehr groß. Um so mehr dürfte es interessieren, daß bei den einschlägigen Verhandlungen im Bundesrath sich sehr starke Opposition gegen die Ernennung des Herrn Kayser geltend machte, deren Träger, neben einem Süddeutschen, vor Allem der sächsische Vertreter war. Herrn Kayser Wahl ist denn auch keineswegs einstimmig genehmigt worden, sondern, wie die „L. R.“ wissen wollen, durch Majoritätsbeschluß zu Stande gekommen. Eine derartige Entscheidung dürfte zum ersten Male zu verzeichnen sein.

— (Die Einnahmen des Reichs an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern) haben bis Ende September, also in den ersten 6 Monaten des Etatsjahres eine Mehreinnahme gegen denselben Zeitraum des Vorjahres von 24 038 149 M., davon im Monat September allein eine solche von 7 Millionen Mark ergeben. Von den obigen 24 Millionen haben die Zölle im September ein Mehr von 5 Millionen eingebracht (+ 17 213 999 Mark). Bemerkenswerth ist, daß die Verbrauchsabgabe für Branntwein, welche in den letzten Jahren hinter den Erwartungen zurückgeblieben war, in den letzten 6 Monaten die Einnahmen des Vorjahres um 3 782 916 Mark überstiegen hat. Die Mehreinnahme aus der Zuckersteuer — zum Theil in Folge der Erhöhung derselben — betrug ungefähr 2 Millionen Mark. Der Ertrag der Stempelsteuer für Werthpapiere ist weiterhin um 1 027 943 Mark gestiegen, während die Stempelsteuer für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände um 3 486 089 M. zurückgegangen ist, ohne Zweifel in Folge des Verbots der Termingeschäfte in Betreibe. Der Ueberschuß der Post- und Telegraphenverwaltung ist bis Ende September um 6 881 886 Mark, derjenige der Reichseisenbahnverwaltung um 1 375 000 Mark gestiegen. Die gesammte Mehreinnahme gegen das Vorjahr beläuft sich auf rund 27 Millionen Mark.

— (Zu den diplomatischen Enthüllungen) Die „Konj. Corr.“, welche die Gründe der Veröffentlichung der „Hamb. Nachr.“ über den Assurancevertrag mit Rußland billigt, ohne sie zu kennen, behauptet, daß die freistimmige und die clericale Presse die Regierung geradezu auffordere, auf Grund des Anniparagraphen gegen den Fürsten Bismarck vorzugehen. Es wäre nicht überflüssig, wenn die „Konj. Corr.“ sich die Mühe gäbe, die freistimmigen Zeitungen anzuführen, welche diese Forderung erheben. Unseres Wissens haben wir eine solche bisher nur in dem — „Reichsboten“, dem kaiserlichen Pastorenblatt und Pariergenossen der „Konj. Corr.“ gefunden.

— (Umgestaltung des Artilleriewesens) Vor einigen Tagen machte, so bemerkt die „Nat.-Ztg.“, ein militärischer Mitarbeiter des Pariser „Figaro“ bezüglich die Bemerkung die Stunde sei nicht mehr fern, da der Minister genöthigt sein wird, 200 Millionen für die Umgestaltung des Artilleriematerials in Anspruch zu nehmen; es würde zu nichts führen, sich über solche Forderungen zu beklagen; der „benachtheiligte Friede“ sei nur um diesen Preis zu haben. Man hat aus dieser Äußerung geschlossen, daß die französische Artillerie bereits im Gange sei. Ob dem so ist, wissen wir nicht; aber wir haben Grund zu der Annahme, daß auf deutscher Seite alle Vorkahrungen getroffen sind, um, falls von Frankreich aus den europäischen Völkern diese neue Last aufgedrückt wird, uns wenigstens den rechtzeitigen militärischen Vortheil derselben zu sichern.

— (Gegen das Gratifikationswesen) hat der Verein deutscher Post- und Telegraphenaffizienten des Bezirks Leipzig eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Befestigung der Stellenzulagen und des Gratifikationswesens bei der Postverwaltung befürwortet wird. Diese Versammlung erklart in der bestehenden Progreß eine beständige Quelle der Unzufriedenheit unter den Beamten und einen Mißstand, welcher der Willkür Thür und Thor öffnet und geeignet ist, das Ansehen des Beamtenthums zu schädigen. Die Versammlung erachtet es für zweckmäßig, diese Fonds zur Befestigung der erheblichen Schädigungen zu verwenden, welche einzelnen Beamten in Folge der durch nichts gerechtfertigten Ungleichmäßigkeiten in der Befestigung des Dienstalters bei Einführung der Alterszulagen entstanden sind.

— (Die Kaisermanöver) 1897 sollen in Nord-Lothringen, am südlichen Theile der preussischen Rheinprovinz und dem pfälzischen Westrich, also in dem Gebiete der Saar, Hies und Nahe stattfinden.

— (Herr v. Carnap.) Wie das „Pöfener Tageblatt“ erfährt, ist gegen den Districtscommissar v. Carnap in Opaleniza wegen der von diesem verübten, in der Verhandlung gegen die Zummalkanten vor dem Schwurgericht in Merseburg zur Sprache gebrachten, noch nicht verjährten Mißhandlung des Nachwärtlers und des Galtwirtsch Erzziel in Kronitz bereits das strafrechtliche Verfahren eingeleitet worden.

— (Colonialpolitik) Eine Hungersnoth ist in Deutsch-Südwestafrika nach Berichten dortiger Missionare in Folge der furchtbaren Dürre ausgebrochen. Nach der Schilderung des Missionars Bapst aus Riefenstein hat das Land seit den 19 Jahren seines Daseins noch niemals einen so traurigen Anblick wie jetzt geboten. Die Stationen liegen leer. Der Hunger treibt die armen Menschen von Ort zu Ort; aber nirgends ist für sie ein rechttes Auskommen zu finden, dazu kommt die schreckliche Rinderpeste, die im Osten ausgebrochen ist und bereits Tausende von Rindern weggerafft hat. Unter den Büschleuten herrscht Raub und Mord. Die Heuschrecken haben alles kahl

gefressen; selbst die Rinde an den Bäumen schonten sie nicht. Alle Fruchtbäume in den Gärten standen entblüßt von Früchten und Blättern. In den Gemeinden des Klein-Namaqualandes ist die Dürre jetzt durch kräftige Regen beendet, so daß die Felder haben bestellt werden können. Dagegen ist die Dürre und Noth im südlichen Theile des Groß-Namaqualandes jetzt erst recht groß geworden, so daß auch neuerdings die einkommenden Gaben dorthin gelandt werden mußten. — Dem Colonialklima ist Graf Victor v. Beth, Lieutenant a. D., der früher in Diensten der Neuguinea-Compagnie und auf Ceylon thätig war, in Deutsch-Ostafrika zum Opfer gefallen.

Provinz und Umgegend.

† Erfurt, 31. Oct. Der hiesige Hausbesitzerverein hatte die Wohnungsänderung durch sein Bureau einzuführen beschlossen und hat im Austrage eines Mitgliedes einem bei letzterem wohnenden Metzher die Kündigung ausgestellt. Dieser nahm aber eine solche Kündigungsform nicht an und es kam zum Prozeß, der einen für den Hausbesitzerverein unglücklichen Ausgang nahm. Das Amtsgericht erklärte nämlich die Kündigung durch den Hausbesitzerverein für unzulässig, weil der Mietzvertrag nicht mit dem Verein, sondern mit der Person des Hauseigentümers abgeschlossen worden sei.

† Eisenach, 29. Oct. Wie weit die Brauchbarkeit eines Hundes geht, zeigt wieder ein Vorfall, der sich vor einigen Tagen hier zugetragen hat: Die Eltern einer in einem etwa 2 Stunden von hier entferntem Orte verheirateten Tochter waren in ihrem Gesichte für den Abend so sehr im Anspruch genommen, daß sie nicht glaubten, allein fertig werden zu können, und hätten gern an ihre Tochter telegraphisch, zu kommen, wenn die Telegraphenverbindung dorthin eine direkte gewesen wäre. Von der betreffenden Telegraphenstation aus muß aber ein Bote verwendet werden, der 1 1/2 Stunde nach dem Orte der Tochter zur Befestigung nötig hat. Bei Erwägung dieser Sachlage kam der Vater plötzlich auf den guten Gedanken, den zur Zeit und meist bei ihm weilenden Hund seines Schwiegersohnes zum Telegraphenboten zu machen. Er schrieb in einigen Zeilen schnell sein Anliegen nieder, legte dieses Zeitelchen in ein kleines Kästchen und band dasselbe dem Hunde an. Darauf jagte er denselben ein Stück seinem Ziele zu, indem er immer energisch nach dem Wege wies. Der Hund verstand den Mann und folgte gut, denn um 11 Uhr hatte derselbe die Stadt verlassen, war in einer guten halben Stunde bei seinem Herrn mit der „Pestföge“ angekommen, und kurz vor 2 Uhr waren schon Tochter und Schwiegersohn mit ihrem treuen Hunden zur gewünschten Hilfeleistung und zwar zu Fuße im Elternhause.

† Witterfeld, 31. Oct. Auf dem Nachhausewege von der Kirmes zu Niemeß wurde ein hiesiger Junger von mehreren jungen Männern, welche schon im Gäßhause Streit hatten anfangen wollen, überfallen und so furchtbar mißhandelt, daß er auf den Tod darniederliegt. Mehrere der Thäter sind verhaftet.

† Heiligen, 31. Oct. Der wegen Unpünktlichkeit von seinem Meister entlassene Geselle Friedrich Böhrer schoß am Mittwoch Abend gegen 9 Uhr durch das Fenster der Wohnung auf die Frau des Meisters; diese ist, wenn auch unerschossen, am Arme verletzt worden. Der Geselle hat sich laut Bg. Ang. der Polizei in Zeit freiwillig gestellt und ist in Haft genommen worden.

† Altenburg, 30. Oct. Eine Conspirandin erhängte sich hier, weil sie wegen eines Diebstahls von 50 Pf., den sie an einem anderen Rinde begangen, zur Reichenshaft gezwungen werden sollte.

† Meiningen, 31. Oct. Beim Eintritt in den Pferdestall fand am Donnerstag der Gutbesitzer S. denselben, wie das B. Abl. berichtet, vom höchtem Qualme erfüllt und das in den Abzugsröhren liegende Stroh in hellen Flammen. Da die die Abzugsröhren bedeckenden Steine verlegt waren, wird Brandstiftung vermutet. Der Brand wurde bald unterdrückt.

† Hohenstein, 31. Oct. Kürzlich ist bei dem Bau der Gundardbahn Köhlmühl-Hohenstein die Einsicht in den ersten Tunnel nahe der Köhlmühle durch hereinströmendes Gesein und Gefährdung u. s. w. fast ganz verthütet worden. Die Begründung dieser Stein- und Erdbänne dürfte mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

† Jwidau, 30. Oct. Aus Oberwiesenthal, der am höchsten gelegenen Stadt des deutschen Reichs (894 m über dem Meeresspiegel), wird gemeldet, daß die Gegend am und im Erzgebirge seit einigen Tagen in eine Schneelandschaft umgewandelt ist, wiewohl die Kartoffelente noch immer nicht vollständig beendet ist.

Merseburger Correspondent.

Erscheinung täglich
(mit Ausnahme der Tage nach der Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanruf Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 259.

Dienstag den 3. November.

1896.

Für die Monate November und Dezember
werden Abonnements auf den

Merseburger Correspondent
zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen
Postanstalten, Postboten, sowie in der Ex-
pedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage
des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Die Bündnistheorie des Fürsten Bismarck.

* Als Antwort auf die Erklärung des „Reichs-
anzeigers“ vom 27. October veröffentlichten die
„Hamb. Nachr.“ einen Artikel, in dem sie zunächst
bestreiten, daß der deutsch-russische Asseranzvertrag
aus der Zeit vor 1890 zu den „strengsten Staats-
geheimnissen“ gehöre, wie der „Reichsanzeiger“
behaupet hatte. Rußland habe seiner Zeit die
Verheimlichung gewünscht, aber die Verhältnisse, die
dazu Anlaß gaben, hätten sich in der Zwischenzeit
geändert. Angeben wird ferner, daß der Asseranz-
vertrag unter Zustimmung des Kaisers
Wilhelm I. abgeschlossen worden sei u. s. w. Der
Schwerpunkt des Artikels liegt in dem Versuch des
Nachweises, daß das deutsch-russische Abkommen mit
der Treue gegen den Dreibund sehr wohl verträglich
gewesen sei. Und nicht nur das. „Der ganze
Dreibund in corpore, sagen die „Hamb. Nachr.“,
könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem
ganz dasselbe Abkommen treffen, was bis 1890
zwischen Rußland und Deutschland bestanden hat;
er würde deshalb auf den Hauptzweck, die gemein-
same Vertheidigung gegen russische Angriffe nicht
zu verzichten brauchen und es würde gewiß allen
Freunden des Friedens in Europa eine erhebliche
Beruhigung gewähren, wenn die drei verbündeten
Regierungen der russischen gemeinsam ihre Neutralität
für den Fall eines unprovocirten Angriffs auf
Rußland zusagten.“ Ohne Zweifel hätte das seine
Bedeutung, weil ein solcher Asseranzvertrag sich
ausschließlich gegen — England kehren würde, ob-
gleich die Eventualität, daß England zu einem
Angriff auf Rußland überginge, seit den Erfahrungen
von 1885 Rußland gewiß nicht beunruhigt. Vom
Standpunkt der Dreibündnistheorie wäre indessen gegen
eine solche Abmachung nichts einzuwenden. Denn
wenn Oesterreich Rußland für den Fall eines
unvermeidlichen Angriffs seine wohlwollende Neutra-
lität zusagt, so liegt darin zugleich die Verpflichtung
seinerseits einen Angriff auf Rußland nicht zu
unternehmen. Vor 1890 aber lag die Sache anders.
Im deutsch-österreichischen Vertrag verpflichteten sich
beide Theile, bei einem Angriff Frankreichs oder
Rußlands neutral zu bleiben; erst wenn Rußland
mit Frankreich gemeinsame Sache machen sollte,
war Oesterreich verpflichtet, mit seiner ganzen Macht
zu Hülfe zu kommen. Der Vertrag von 1879 richtete
seine Spitze ebensowohl gegen Frankreich als gegen Ruß-
land. Für Oesterreich hatte der Vertrag großen Werth,
weil seine Beziehungen zu Rußland damals sehr viel
mehr zu wünschen übrig ließen als jetzt, insofern
auf der Balkanhalbinsel der bulgarisch-serbische
Conflikt und die Besetzung Strumelins durch
bulgarische Truppen eine Verwickelung herbeiführen
konnten. Hier standen die russischen und öster-
reichischen Interessen sich schroff gegenüber! Gleich-
wohl erachtete Fürst Bismarck es für loyal, Rußland
der „wohlwollenden“ Neutralität Deutschlands zu
versichern, falls das verbündete Oesterreich einen
„Angriff“ unternehmen sollte! Daß Graf Caprivi
die Fortdauer dieses Abkommens als zu „complicirt“
abgelehnt hat, gereicht ihm unter diesen Umständen
zur Ehre. Ein geheimer Vertrag mit Rußland neben
einem Bündnistvertrag mit Oesterreich gegen Rußland
— das ist allerdings für Staatsmänner, die ethisch
handeln wollen, etwas zu complicirt. Offenbar ist

der indirecte Tadel, der in der Nichterneuerung des
überdies wirkungslosen geheimen Abkommens mit
Rußland lag, der Stachel gewesen, der den Fürsten
Bismarck zu dem Vorschlag des diplomatischen Ge-
heimnisses getrieben hat. Aber, wie es so geht, der
Pfeil, der den Grafen Caprivi noch nachträglich
tödtlich treffen sollte, ist auf den Schützen zurück-
geprallt.

Politische Uebersicht.

Italien. Die Leiche des Cardinals Hohen-
lohe wurde am Sonntag Nachmittag nach einer
kurzen Trauerfeier in der Kirche Santa Maria
Maggiore in Rom in der Stille auf dem deutschen
Friedhof bei S. Pietro gebracht, wo die Beerdigung
am 3. d. M. nach einem feierlichen Lobtante in
der Kirche San Lorenzo erfolgte. Kaiser
Wilhelm I. beauftragte den Gesandten von Bülow
mit seiner Vertretung bei der Trauerfeier und ließ
einen prächtigen Kranz am Sarge niederlegen. Die
Prinzessinnen Friedrich Karl und Friedrich Leopold
haben ebenfalls Kränze gesendet, desgleichen das
kronprinzliche Paar von Schweden, das sich durch
den kaiserlichen Gesandten Mittel besorgen ließ.



Die russische Telegraphenagentur versendet das
folgende politisch bedeutsame Telegramm: „Ange-
sichts der politischen Verwickelungen der letzten Zeit,
welche unstreitig einen sehr üblen Einfluß auf die
tätlichen Finanzen ausüben, glaubt der russische
Finanzminister die nach dem Vertrage vom
2/14. Mai 1892 jährlich in dem Betrage von
1 Million Rubel in Gold von der Türkei an
Rußland zu zahlende Kriegsentschädigung
für das nächste Jahr um 1/2 Million Rubel
herabsetzen zu sollen.“ Hiernach ist es also
Rußland, das der Türkei in ihren schweren Geld-
verlegenheiten zunächst die helfende Hand bietet.

Frankreich. Noch am Sonnabend der
Deputirten-Kammer vorgelegten Gesetzentwürfe
betreffend die Erneuerung des Privilegiums
der Bank von Frankreich soll der Gewinn
von einer gewissen Grenze ab zwischen der Bank
und dem Staat getheilt werden. Ferner sollen die
landwirthschaftlichen Creditverwerber den kauf-
männischen gleichgestellt werden. Der Bericht des
Finanzministers, der von Präsidenten Faure
unterzeichneten Verfügung, betreffend die Einsetzung
einer außerparlamentarischen Commission zur Prüfung
der Frage des Alkoholmonopols vorausgeht,
faßt die Prüfung folgender Fragen ins Auge: Fabrika-
tionsmonopol, Rectificationsmonopol und Verkaufs-

monopol. Die Kammer nahm mit 324 gegen 189
Stimmen entgegen dem Vorschlage des Berichterstatters
einen Antrag an, nach welchem Rosinen für den häus-
lichen Gebrauch zollfrei sein sollen. — Der in
Paris versammelt gewesene internationale Ge-
sellschaftscongrès hat seine Sitzungen
geschlossen. Zu Mitgliedern des Centralcomitès
für die in London zu bildende corporative Allianz
wurden für Deutschland die Doctoren Crüger,
Havenstein und Hautschik designirt. Der Vorsitzende
des Congresses Siegfried sprach die Hoffnung
aus, daß alle Theilnehmer an dem diesjährigen
Congresse auch dem nächsten für das Jahr 1897
in Delft in Aussicht genommenen Congresse bei-
wohnen werden.

Dänemark. Ueber ein Bündniß Däne-
marks mit Rußland läßt sich die „Post. Sig.“
folgendes aus London melden: Unter der Ueber-
schrift „Dänemark und der Zweibund“ ver-
öffentlicht „Ball Mall Gazette“ einen Kopenhagener
Brief, worin behauptet wird, zwischen Dänemark
und Rußland bestünde ein geheimes, nicht schriftliches
Abkommen, demzufolge Rußland es übernommen
habe, die Integrität der Besitzungen des Königs
von Dänemark zu verbürgen, und versprochen, es
werde, falls eine günstige Gelegenheit entstehe, sei
es durch Gebietsregelung oder in anderer Weise,
darauf bestehen, daß Nordschleswig Dänemark
zurückgegeben werde, falls die Einmüthigkeit
mittels Volksabstimmung einen derartigen Wunsch
ausdrücke. Dänemark verpflichte sich, falls Ruß-
land in einen Krieg verwickelt werden
sollte, ihm Kopenhagen und dessen Material,
wie Häfen, Befestigungen, Schiffsbauhöfe u. s. w.
für eine zeitweilige Besetzung zur Verfügung
zu stellen. Alexander III. habe dieses Abkommen
mit dem Dänenkönig getroffen. Aus diesem Grunde
seien die kostspieligen Befestigungen Kopenhagens
trotz dem Proteste des dänischen Unterhauses fertig
gestellt worden. „Ball Mall Gazette“ fügt hinzu,
ihr Gewährsmann habe Zugang zu den besten
Quellen diplomatischer Kenntniß, sei sie das höchste
Vertrauen in seine bona fides. — Uns scheint die
ganze Meldung noch sehr der Bestätigung zu
bedürfen und nur darauf berechnet, Mißtrauen
zwischen den Festlandsmächten herbeizuführen.

Spanien. Der Ministerrath genehmigte die
Grundlagen der Creditoperation, die in Spanien
vorgenommen werden wird. Es soll die Ausgabe
einer fünfprozentigen, in acht Jahren zu tilgenen
inneren Schuld im Betrage von 400 Millionen
Pesetas erfolgen.

Ungarn. Die Gerichtsverhandlung
gegen die der Ermordung Stambulows
Angeschuldigten, die am 13. October stattfanden
sollte, kam, wie der Telegraph gemeldet hat, wegen
Nichtercheinens wesentlicher Zeugen nicht zu Stande.
Ueber den Inhalt der Anklageakte erhalten nun die
Moskowskija Wjedomosti aus Sofia ausführliche
Mittheilungen, aus denen hervorzuheben scheint, daß
die Umstände des Mordes vom 3/15. Juli 1895
fest, nach mehr als einjähriger Untersuchung, in
allen Stücken klargestellt sind. Darnach erscheinen
als der Anführer des Mordes Tschelischew, als
die eigentlichen Thäter: Stanrew, Zwetanow und
Georgijew, und als Mitwisser und Helfer: der
Droschkentührer Now. Auch die Waffen zur
Ausführung des Verbrechens hatte Tschelischew,
der am 21. October 1894 aus dem Auslande nach
Sofia zurückgekehrt war, geliefert.

Serbien. Die Stupschitina hat ihre
Sitzungen bis zum 28. November vertagt.

Rumänien. Bei dem am Freitag zu Ehren
des Königs von Serbien stattgehabten Festessen
brachte König Carol einen Toast auf den König
von Serbien aus, in dem er hervorhob, er begrüße
den dritten Herrscher Serbiens in seiner Hauptstadt,
was ein Beweis dafür sei, wie freundschaftlich und
befähigt die Beziehungen zwischen Serbien und
Rumänien stets waren. Er dankte jedoch für den